

SCHLAGLICHT

Nr. 4

6.4.1981

ZEITUNG DER STUDENTENSCHAFT DER TECHNISCHEN HOCHSCHULE DARMSTADT

SCHLAGLICHT!

Impressum

V.i.S.d.P. AStA der
TH Darmstadt

Redaktion:

Bernd Golle
Gerd Stuhlfauth
Ralf Gauselmann
Michael Siebel
Ulrike Buntenbruch

Redaktionsschluß für Nr.5:
14.4.1981

Herausgeber: AStA der THD

INHALT

<i>Frieden durch Abrüstung</i>1
<i>Krefelder Appell</i>2
<i>Mensapreiserhöhung</i>3
<i>Der Häuserkampf geht weiter</i>4
<i>El Salvador</i>6
<i>Veranstaltungen</i>8

FRIEDEN DURCH ABRÜSTUNG

Zum ersten Mal in der Bundesrepublik wurden am 22.März 81 in Darmstadt Wehrdienstverweigerer öffentlich "vereidigt". Verschiedene Gruppen hatten zu einer Demonstration und anschließenden Kundgebung aufgerufen, als Protest gegen Wettrüsten, Verschärfung des Zivildienstes und den zunehmenden Militarismus in der Bundesrepublik.

Ungefähr 3000 Demonstranten waren dem Aufruf gefolgt. Ein riesiger Demonstrationszug schob sich gegen Mittag durch die Darmstädter Innenstadt, ein eindrucksvoller Ausdruck eines ehrlichen Friedenswillens. Bitteres Gelächter, als ein älterer Mitbürger aus seinem Fenster schaute und etwas von "Faulenzern" erzählte. In diesem Augenblick erschien es als besonders seltsam, daß nahezu ausschließlich die Jugend für Frieden und Abrüstung demonstriert.

"Frieden durch Abschreckung" - das Motto der Nato - heißt ständige Aufrüstung und ist nicht nur ein sozialer Skandal, sondern in zunehmendem Maße eine Gefährdung. Das sogenannte "militärische Gleichgewicht" wird als Grund für immer weiter steigende Rüstungsausgaben und Aufstockung des Waffenpotentials

genommen. Im Falle eines neuen Krieges ist es mindestens für Mitteleuropa völlig uninteressant, ob man "militärisches Gleichgewicht" hat oder nicht: das heutige Waffenarsenal reicht aus, um mehrfach eine Katastrophe über die Menschheit und die Biosphäre hereinbrechen zu lassen.

Auf dem Karolinenplatz sammelte sich der Friedenszug. Einige Redner von Friedensinitiativen eröffneten die Kundgebung. Sie berichteten über die Situation des Zivildienstes und die Untergrabung des im Grundgesetz garantierten Menschenrechts auf Wehrdienstverweigerung. Sie berichteten über beängstigende Entwicklungen, so beispielsweise die öffentlichen Vereidigungen der Wehrdienstleistenden und die geplante Einführung eines Faches "Wehrkunde" in den Schulen. Besonderen Applaus erhielt ein alter Sozialdemokrat (Jahrgang 1898), der sich spontan zu Wort gemeldet hatte und die Friedensbemühungen lobte. Die Initiatoren forderten zur Unterstützung des "Krefelder Appells" auf.

Anschließend folgte die „Vereidigung“ durch Hans-Dieter Hüsich und Helmut Ruge. Sie verlasen als „Gelöbnistext“ ein Gedicht von Wolfgang Borchert: "Du Mann an der Maschine und Mann in der Werkstatt. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst keine Wasserrohre und Kochtöpfe mehr machen - sondern Stahlhelme und Maschinengewehre, dann gibt es nur eins: SAG `NEIN!..." Es klang bestimmt und bittend zugleich, als die 3000 Demonstranten in das "SAG `NEIN" einstimmten."

Daß das "Nein-Sagen" zunehmend wichtiger wird, zeigen die Absichten von Washington: man warnt vor Pazifismus und fordert die europäischen Verbündeten auf, an Sozialausgaben zu sparen. Da gibt es eben nur eins: "SAG `NEIN!"

Wir fordern euch auf, den "Krefelder Appell" zu unterstützen. Unterschriftenlisten liegen im AstA aus.

KREFELDER APPELL:

WIR APPELLIEREN AN DIE BUDESREGIERUNG, DIE ZUSTIMMUNG ZUR STATIONIERUNG VON PERSHING II-RAKETEN UND MARSCHFLUGKÖRPERN IN MITTELEUROPA ZURÜCKZUZIEHEN.

DER ATOMTOD BEDROHT UNS ALLE! KEINE ATOMRAKETEN IN EUROPA!

Erklärung der Initiatoren des Krefelder Appells

Der Salt-II-Vertrag ist tot. Das nach sieben Jahren schwierigster Verhandlungen im Juni 1979 vom ehemaligen Präsidenten Carter und Parteichef Breschnew in Wien unterzeichnete amerikanisch-sowjetische Abkommen zur Begrenzung der Strategischen Offensivwaffen wird vom Präsidenten der USA, Ronald Reagen, kurzerhand verworfen. Das hat der neue Verteidigungsminister Weinberger am 6. Januar 1981 in aller Form mitgeteilt.

Mit dieser provozierenden Haltung des amerikanischen Präsidenten ist für Europa, insbesondere für die Bundesrepublik Deutschland, eine neue Lage entstanden. Darüber können auch die verhamlosenden Erklärungen der Bundesregierung nicht hinwegtäuschen, es komme ja lediglich darauf an, daß die USA am "Salt-Prozeß" interessiert blieben.

In dieser Beschwichtigungsformel wird jedoch bereits die Rückzugslinie der Bundesregierung vom eindeutigen Wort des Bundeskanzlers erkennbar, die Realisierung der am 12. Dezember 1979 beschlossenen "Nachrüstung" nur bei einer Ratifizierung des SALT II Abkommens zuzulassen. Die Gegner jeder "Nachrüstung", deren ständig wachsende Anzahl die Sorge der Bevölkerung widerspiegelt, geben sich damit allerdings nicht zufrieden. Sie sind nicht gewillt, die bloße Bereitschaft der USA, in neue SALT Verhandlungen einzutreten, als Ausgleich für die Verweigerung der Ratifizierung eines bereits unterzeichneten und für die Rüstungsbegrenzung wesentlichen Abkommens zu akzeptieren. Anstelle von Bekundungen unverbrüchlicher Treue erwarten sie deshalb von der Bundesregierung Mut und Konsequenz bei der Einlösung des Kanzlerwortes: nämlich die Zurücknahme der mit dem "Nachrüstungsbeschluß" erteilten Genehmigung zur künftigen Stationierung amerikanischer nuklearer Mittelstreckenwaffen auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland. Alle Mitbürgerinnen und Mitbürger, die es ebenfalls für ihre patriotische Pflicht halten, dem selbstmörderischen Ausbau Mitteleuropas zur nuklearen Waffenplattform der USA Einhalt zu gebieten, sind aufgefordert, diese Forderungen zu unterstützen und sich zu den Zielen der Krefelder Initiative, wie sie am 15./16. November 1980 beschlossen und veröffentlicht worden sind, mit ihrer Unterschrift zu bekennen.

M E N S A - P R E I S E R H Ö H U N G

Während der Semesterferien wurden die Mensa-Preise um 30 Pfennige pro Essen (z.B. von 1.70 DM auf 2.00 DM) erhöht. Das Studentenparlament hatte bereits im letzten Semester beschlossen, im Falle einer Preiserhöhung einen Boykott vorzubereiten. Zu diesem Zweck tagte der Urabstimmungsausschuß mehrmals in den Semesterferien. Hauptdiskussionspunkte waren die Bereitstellung eines alternativen Essens und das Problem, Leute für die Organisation und die Durchführung der Urabstimmung und des Boykotts (Kochen, Essen ausgeben, spülen usw.) zu gewinnen.

Letzteres Problem war besonders schwerwiegend, da im sog. Fachschaftsvertreterplenium der Sinn eines Boykotts zwei Monate nach der Erhöhung angezweifelt wurde.

Der ASTa hat deswegen folgendes Vorgehen begleitend zur Vorbereitung der Urabstimmung vorgeschlagen:

- Diskussion auf einem Fachschaftenplenium über den Boykott oder mögliche Alternativen, die den Protest der Studenten gegen die permanente Verschlechterung der sozialen Situation deutlich machen.
- Fachbereichsvollversammlungen zur ersten Meinungsbildung in der Studentenschaft
- TH - Vollversammlung, die über endgültige Maßnahmen beschließen soll.

Wir alle müssen uns darüber im klaren sein, daß unser Protest, in welcher Form auch immer, notwendig ist. Denn sonst können wir damit rechnen, daß in Zukunft alle für Studenten unannehmbare Beschlüsse in den Semesterferien umgesetzt werden. Und das sollten wir nicht tatenlos hinnehmen!

DER HÄUSERKAMPF GEHT WEITER!

Bei den Demonstrationen gegen Wohnungsnot und Zerstörung der Wohnumwelt ist es in den letzten Wochen zu den größten Verhaftungswellen seit Jahren gekommen.

Die Hausbesetzungen haben einen gesellschaftlichen Dissenz sichtbar gemacht, der unmittelbar einen Grundpfeiler der hiesigen Ordnung, Eigentum und private Verfügungsgewalt über Wohn- und Lebensraum, tangiert. Entsprechend fallen die Reaktionen des Staates und der Hüter der bestehenden Ordnung aus:

In Nürnberg wurden über 170 Besucher des Jugendzentrums KOMM verhaftet. Im Eilverfahren wurden hektografierte Haftbefehle verfügt, protestierende Eltern, Rechtsanwälte und Politiker wurden aus dem Polizeipräsidium entfernt. Nach mehr als zehn Tagen sind immer noch Dutzende der 141 auf bayerische Gefängnisse verteilten Jugendlichen in Haft. Vielen droht ein Prozess wegen schwerem Landfriedensbruch und damit Gefängnisstrafen. Wegen der angeblichen Zerstörung einiger Fensterscheiben werden Schüler und Lehrlinge kriminalisiert, Ausbildung und Existenz der Betroffenen bedroht.

Die gewaltsame Räumung des Schwarzwaldhofes in Freiburg, die Verwandlung dieser Stadt in eine Polizeifestung unter Ausnahmezustand, die wahnsinnigen Anklagen gegen zwei Besetzer wegen angeblicher Gründung und Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, der angedrohte Einsatz chemischer Kampfgifte gegen Hausbesetzer sollen den Widerstand gegen die skandalöse Wohnungs- und Kahl-schlagsanierungspolitik und solche Polizeistaatsmethoden brechen.

Der bayerische Ministerpräsident forciert mit seiner Verleumdung, bei Hausbesetzern handele es sich um Kerne terroristischer Vereinigungen, die "Lösung" sozialer Probleme mit Polizeistaatsmethoden. Der Polizeistaatsminister Tandler bereitet die bürgerkriegsmäßige Bewaffnung der Polizei vor. Der baden-württembergische Ministerpräsident Späth setzt das Unrecht, billigen Wohnraum vergammeln und abreißen zu lassen, mit Brachialgewalt gegen das Recht auf Wohnraum durch. Demonstrationen werden fast schon grundsätzlich erst einmal präventiv verboten. In Verkehrung der Tatsachen wird die Schuld an gewaltsamen Auseinandersetzungen Demonstranten und Besetzern zugeschoben, statt einer politischen Lösung des Problems sollen Grundrechte wie das auf Demonstrationsfreiheit eingeschränkt, Exempel statuiert, soll die Gewöhnung an Notstandsmaßnahmen gegen demokratischen Protest begonnen werden.

Sozialliberale Regierungen in Bund und Ländern tragen die Mitverantwortung für die Eskalation der Repressionsmaßnahmen. Auch in Berlin und anderswo wird weiter polizeilich gegen Instandbesetzer und Demonstranten vorgegangen. Ihre verfehlte Wohnungs- und Sanierungspolitik, die jahrelange Ignoranz der Anliegen und Mitbestimmungsforderungen von Bürger-, Stadtteil- und Mieterinitiativen haben dazu beigetragen, ein Klima zu schaffen, auf dem Gewalt und Gegengewalt entstehen mußten.

Die Zeit für eine Beendigung der Polizeieinsätze und Verhaftungen ist mehr als reif. Eine politische Lösung der Probleme ist überfällig.

Wieso verwandeln sich unsere Städte in Betonburgen, obwohl die Einwohner dies nicht wollen? Weil Grund und Boden, Wohnungen und Häuser im Eigentum derjenigen stehen, die sie gar nicht brauchen, weil sie selber ganz wo anders wohnen. Weil dieses Eigentum für die Eigentümer nur einen Zweck hat: Profit daraus zu gewinnen. Wer Wohnraum unter dieser Zweckbestimmung sieht, der kann zustimmen, wenn Wohnraum leersteht oder abgerissen wird, wenn der Profit unterm Strich dadurch steigt. Wer Wohnraum aber sein Leben lang nur kennenlernt, als Raum zum bewohnen, der kann da nicht zustimmen. Die Herausnahme des Wohnraums aus dem kapitalistischen Marktgeschehen ist möglich und notwendig. Wohnraum ist ein Lebensmittel, kein Ding, das man Anderen aus Profitgründen vorenthalten darf.

Unsere Verfassung schreibt die soziale Bindung des Eigentums vor. Der Gesetzgeber bestimmt "Inhalt und Schranken" des Eigentums. Er ist jetzt aufgerufen, das nicht vermehrbare Gut "Erdoberfläche" aus der Reihe der Dinge, an denen Eigentumserwerb zum Zwecke des Profits möglich ist, auszugliedern so wie das Eigentum am Menschen einmal abgeschafft worden ist.

Mit Polizeistaatsmethoden wird der Verfassungsgedanke in sein Gegenteil verkehrt. Die Spekulation wird bewaffnet geschützt, Widerstand kriminalisiert. Die Regierungen und Parlamente werden dies nicht von alleine ändern. Die Besetzung leerstehenden und von Abriss bedrohtem Wohnraum ist angesichts dieser Situation ein legitimes Mittel des Widerstandes.

Wir halten jedoch gewaltsame Auseinandersetzungen, wie sie von einem Teil der Wohnungskämpfer praktiziert werden, für falsch. Solche Aktionen bewirken nichts, sondern fachen nur eine unsinnige Diskussion über "eine neue Terrorwelle" und massivere Bewaffnung der Polizei an. Gegen die Kriminalisierung der Häuserkampf Bewegung müssen wir uns wehren. Unsere volle Solidarität gilt den friedlichen Hausbesetzern.

Der Häuserkampf geht weiter!!!

HOCHSCHULPOLITISCHE NACHRICHTEN

Auf der 6. ordentlichen Mitgliederversammlung der vereinigten deutschen Studentenschaften vom 16.3. bis 21.3.81 in Bielefeld wurden neben einer Resolution in der die Häuserkampf Bewegung unterstützt wird, auch diese neue soziale Bewegung finanziell unterstützt. Die Mitgliederversammlung beschloß:

- Einem Treffen der aktiven Hausbesetzer in Münster 10.000.- zur freien Verfügung zu überlassen.
- Ein vds Massenpress (Publikationsorgan der vds) zu Thema Häuserkampf zu erstellen
- Den Rechtshilfeförder der vds um 15.000.- aufzustocken um Hausbesetzer zu unterstützen die von Strafverfolgung im Zusammenhang mit Häuserkämpfen betroffen sind.

Erneut sind wir von den hochschulpolitischen Gruppen herb enttäuscht, da keine Stellungnahmen eingegangen sind. In der Hoffnung, daß sich in Zukunft sowieso alles zum Besseren wenden wird appellieren wir nochmals an alle sich angesprochen fühlenden:

DIE SEITE FÜR EUCH IST IMMERNOCHE FREI!!!!!!



El Salvador

Ein Volk im
 Kampf um seine Befreiung

SOLIDARITÄT MIT EL SALVADOR

EINLEITUNG

Die Ermordung des Erzbischof Oscar A. Romero am 24. März 1980 rückte El Salvador in das Interesse der Weltöffentlichkeit. Seitdem wird die Gefahr eines "Bürgerkrieges" als Folge eines Kampfes zwischen "ultralinken" und "ultrarechten" gesprochen, deren gleichzeitig das reformistische Bemühen einer machtlosen Regierungsjunta unterstrichen wird, die ein Blutbad vermeiden will. Nur am Rande wird von der staatlichen Repression gegen die organisierte wie nichtorganisierte Bevölkerung berichtet, von einem in Armut und Elend lebenden Volk, dem zwar zugestanden wird, daß es in einer nicht mehr tragbaren Situation sein Leben fristet, daß jedoch das Mittel der Gewalt, des gewaltsamen Kampfes gegen das Unterdrückungssystem nicht legitimerweise einsetzen darf. Selbst die Ermordung eines Erzbischof, der in seinen letzten Predigen von der "Legitimen Gewaltanwendung des Volkes, wenn alle Friedlichen Mittel ausgeschöpft sind", sprach, ändert nichts daran, daß sich in der breiten Berichterstattung über El Salvador nicht die wirklichen Verhältnisse im Land widerspiegelt, sondern das allgemeine Interesse der westlichen Länder, in El Salvador eine soziale Revolution zu verhindern. In El Salvador findet kein Bürgerkrieg zwischen "Linken" und

"Rechten" statt, sondern ein Befreiungskrieg des gesamten Volkes, ein Befreiungsprozeß gegen eine rückhaltlose Junta (die ohne die USA nicht einmal ihre Beamten bezahlen kann), ein Befreiungsprozeß, der die Massen emanzipieren und die Oligarchie abschaffen soll.

GEOGRAPHIE UND GESCHICHTE

El Salvador ist das kleinste und bevölkerungsreichste Land Amerikas (21.000 qkm/220 Menschen pro qkm). Es ist nur so groß wie Hessen und hat 4,5 bis 5 Mio. Einwohner. 1.9% der Bevölkerung erhalten 38% des Gesamteinkommens; die unteren 20% der erwerbstätigen Bevölkerung nur 2%. Unter dem Existenzminimum leben 80% auf dem Lande und 30% in den Städten, damit erreicht der Landesdurchschnitt 60%. Und obwohl EL Salvador eine relativ hohe Wirtschaftsprодукtivität erreicht, sterben die meisten Salvadorianer an Krankheiten, die mit einigen vorbeugenden Maßnahmen behoben werden könnten (Darmkrankungen, Grippe und Lungenentzündungen).

EL Salvador wurde seit jeher von den 14 reichsten Familien, der Oligarchie, indert über das Militär regiert, daß seit 1932 fast ununterbrochen an der Macht ist.

Aber erst in den 70er Jahren gewinnen die Widerstandsbewegungen an Bedeutung. Auf parlamentarischer Ebene findet sie ihren Ausdruck in einem Wahlbündnis aus Kommunisten, Sozialisten und Christdemokraten. Diese reformistischen Kräfte haben - Beobachtungen zufolge - eindeutig die Präsidentschaftswahlen von 1972 gewonnen, die Militärpartei (PCN) blieb jedoch durch Wahlmanipulation an der Macht und verstärkt Repression und Verfolgung umgehend.

Diese Wahlmanipulation war ein entscheidendes Ereignis und ein Einschnitt in die Geschichte des Landes; revolutionäre Ideale fanden mehr und mehr Anklang. Ihr Konzept bestand darin, als Antwort auf den gescheiterten Weg der legalen Machtveränderung, eine revolutionäre Alternative zuzubilden, die ökonomische wie politische Forderungen aufstellt.

Die Wahlen von 1977 bestätigen die Erfahrungen von 1972: die horrenden Wahlmanipulationen wiederholen sich, der Kandidat der Rechten wird in das Präsidentenamt gehieft. 150 Menschen werden bei anschließenden Demonstrationen auf dem "Platz der Freiheit" von repressiven Organen des Staates erschossen.

Dies und die weitere wirtschaftliche Entwicklung ab 1975 führen zu einem erneuten Aufschwung der Volksbewegung. Die Kirche fördert die Organisationsfreiheit für die Landarbeiter und Bauern, auch direkt, indem sie Kirchenräume zur Verfügung stellt (entsprechend werden nun auch Priester und Nonnen gefoltert und ermordet). Zu dieser Zeit wird ein Tagendurchschnitt von vier Ermordeten durch Repressionsorgane erreicht, ein Durchschnitt, der sich noch vervielfachen wird.

Mitte August 1979 wird ein Bericht des Pentagon und des CIA bekannt, indem der US-Regierung geraten wird, die 1977 gestoppte Militärhilfe wieder aufzunehmen; zur gleichen Zeit tritt der Unterhaussekretär für interamerikanische Angelegenheiten des Weißen Hauses, Viron Vaky, in Verhandlungen mit der salvadorianischen Regierung. Kurze Zeit später sagt er vor dem US-Kongreß: "Es ist absurd, den Status quo in Guatemala, El Salvador und Honduras aufrechterhalten zu wollen. Es muß vielmehr nach Antworten auf die Bedürfnisse der Bevölkerung gesucht werden. "Was die

USA mit einer "Antwort" meinen, wurde mit dem Putsch am 15. Oktober offenkundig: vom Staat verordnete Reform in Verbindung mit Repressionen gegen die organisierte Bevölkerung. Zunächst beteiligen sich noch alle Parteien, einschließlich der Kommunisten, an der Regierung. Doch schon in den ersten fünf Tagen muß die Junta die Erschießung von über 100 Menschen und 300 Verwundeten verantworten. Bei einer Demonstration zwei Wochen nach dem Putsch werden weitere 37 Menschen in San Salvador erschossen. Dies fordert weiteren Widerstand heraus!

Die Junta zeichnet sich zudem durch kaum zu übertreffende Unentschlossenheit aus, sie wagt nicht eine umfassende Landreform durchzuführen. Einige der Junta-Mitglieder hatten wohl die ehrliche Absicht, den "letzten noch möglichen friedlichen Weg einzuschlagen" und tatsächlich radikale Reformen durchzuführen, die dem Volk zugutekommen; andere hingegen wollten unter den neuen Bedingungen die Volksbewegung zerschlagen, um das herrschende System zu retten. Die Junta scheiterte an diesen verschiedenen Vorstellungen. Sie sollte die Revolution aufhalten, gleichzeitig aber revolutionäre Maßnahmen durchführen, um das Volk zu gewinnen. Beides durchzuführen schloß sich, wie sich zeigte, aus. Ende 1979 zerfällt die Junta, als alle fortschrittlichen Kräfte austreten. Die Folge ist eine erneute Polarisierung der Kräfte, ähnlich wie vor dem Putsch. Diesmal jedoch ist die Meinung unter der Opposition einheitlicher; es gibt keinen friedlichen Weg für El Salvador!

Die zweite Junta, die nur noch aus Teilen der Christdemokraten (der andere Teil ist in den Widerstand gegangen und schließt sich später der FDR an) und dem Militär besteht, unternimmt bis Mitte März nichts, was auf ihre Handlungsfähigkeit hätte schließen lassen. Deutlich wird nur, daß sie erst einmal als Deckung für eine gesteigerte Gewalt der Sicherheitskräfte gegen das organisierte Volk dient und als Alibi für die westlichen Regierungen und die Berichterstattung in den verschiedenen Ländern; es wird ermöglicht, ein Bild zu entwerfen, dem zufolge eine "reformwillige" Regierung sowohl gegen "Rechts-" wie "Linksradikalismus" angehen muß. So gesehen ist die Waffen- und Wirtschaftshilfe der USA an die Junta zu rechtfertigen. Geschickt kann verschleiert werden, daß die Junta und ihr Reformprogramm nur "ein Teil eines allgemeinen

Projekts sind, hinter dem die Nordamerikaner stehen und das Repression mit einschließt." (Erzbischof Romero am 9.3.1980). Im April verkündet die Junta eine Landreform und verhängt gleichzeitig den Ausnahmezustand. Die Formel " Reform und Repression " kommt voll zur Anwendung.

Im Dezember 1980 schließen sich alle politischen Parteien, Massenorganisationen und Gewerkschaften zur REVOLUTIONÄREN DEMOKRATISCHEN FRONT (FDR) zusammen. Kurz darauf erfolgt der Zusammenschluß aller Guerillerverbände in der NATIONALEN BEFREIUNGSFRONT FARABUNDO MARTI⁺) (FMLN), die mit der FDR eng zusammenarbeitet.

EIN VEREINIGTES VOLK STELLT SICH EINER ISOLIERTEN JUNTA ENTGEGEN, die als einzige Machtbasis die Unterdrückungsorgane der Oligarchie und die Unterstützung der USA hat.

AKTUELLE LAGE

Die Lage ist also klar, alle demokratischen Kräfte des Landes sind in der FDR/FMLN vereint. Auf der anderen Seite steht die Junta ohne Basis, die von der USA unterstützt wird und an der die Oligarchie des Landes mehr und mehr Gefallen findet, da sie ihren Einfluß und ihre Macht nicht grundlegend schmälern.

In einem Land, wo in den letzten Jahren 12 - 15000 Menschen aus politischen Gründen ermordet wurden (7000 sind von Amnesty International nachgewiesen,

übrigens sind die Opfer Oppositionelle, Opfer des "Linksterrors" müssen noch gesucht werden), in einem Land also, wo ein Völkermord stattfindet, verteilte die USA an die 2. Junta bisher 130 Mio. US-Dollar, das sind 60 % der Hilfe der USA an El Salvador in den letzten 100 Jahren, und stationierte rund 800 Militärberater. Täglich landen rund 10 Herkules - Transportmaschinen mit Waffen, Munition und Ausrüstung. Da das salvadorianische Heer diese Waffen nicht alle selber verwenden kann, wird vermutet, daß sie für eine US - Interventionstruppe bestimmt sind. Die internationale Rückendeckung versuchten sich die USA vor einiger Zeit auf ihrer Europareise zu holen. Das Gespenst des Kommunismus muß wieder einmal herhalten, wie immer es um Selbstbestimmung der Völker steht. Die FDR hat in ihrer Plattform klar erklärt, es gehe in El Salvador um Demokratie, um Emanzipation der Massen und nicht um Ideologie, anders ist das breite Bündnis innerhalb der FDR auch nicht zu erklären. Die "Beweise" der USA für Waffenlieferungen aus der Sowjetunion wurden in der BRD gar nicht mehr vorgelegt, da sie sich in Frankreich und Schweden als gar zu lächerlich erwiesen haben.

Christoph BEYER

⁺) Führer des Aufstandes von 1932, im selben Jahr vom Militär umgebracht.

WIR FORDERN DAHER ALLE DEMOKRATISCHEN MENSCHEN, ORGANISATIONEN UND REGIERUNGEN DER WELT AUF, DAS MORDEN IN EL SALVADOR NICHT LÄNGER HINZUNEHMEN !

WIR FORDERN DIE USA AUF, UNVERZÜGLICH MIT DER FDR ZU VERHANDELN, UND VERLANGEN DIE SOFORTIGE EINSTELLUNG ALLER MILITÄRISCHER EINGEMISCHUNG IN EL SALVADOR VON SEITEN DER USA, HONDURAS UND GUATEMALAS !

WIR TRETEN NACHDRÜCKLICH FÜR DAS RECHT DES VOLKES VON EL SALVADOR AUF POLITISCHE UND WIRTSCHAFTLICHE SELBSTBESTIMMUNG EIN !

WIR UNTERSTÜTZEN DIE DEMOKRATISCHEN KRÄFTE DES LANDES, DIE IN DER REVOLUTIONÄREN FRONT (FDR) UND IN DER NATIONALEN BEFREIUNGSFRONT FARABUNDO MARTI (FMLN) VEREINT FÜR DIESES ZIEL KÄMPFEN !

VERANSTALTUNGEN UND KLEINANZEIGEN

IM SCHLOSSKELLER

Freitag 10.4. Agape (Pantomime)

Samstag 11.4. Easy Mouer (Musik)

Freitag 17.4. und Samstag 18.4. wegen Eiersuche geschlossen

fest